

Erfolgs

geschichten

der

SP

Weinland

Liebe Genoss:innen der SP Weinland, Liebe Leser:innen

Mit grosser Freude gratuliere ich euch zur Publikation eurer Erfolgsgeschichten. Dieses Heft macht sichtbar, was die SP Weinland seit Jahrzehnten leistet – lokal, regional und im grossen Zusammenhang der sozialdemokratischen Bewegung. Es zeigt, dass Politik nicht nur in den Parlamenten geschieht, sondern ganz konkret im Alltag, in den Gemeinden, in Projekten und Kämpfen, die das Leben der Menschen verbessern. Ihr habt damit eine wahre sozialdemokratische Erfolgsgeschichte geschrieben.

Denn die Stärke unserer Partei seid ihr: unsere Mitglieder. Über 36'000 Menschen, organisiert in 27 Kantonalparteien und mehr als 700 Sektionen, bilden das Rückgrat der SP Schweiz. Diese Verwurzelung, auch hier im Weinland, ist die Grundlage für unsere politische Kraft.

Gerade in Zeiten wie diesen ist dieses Engagement unverzichtbar: Die Kaufkraft vieler Menschen ist unter Druck, die Lebenskosten steigen und es wird immer schwieriger, über die Runden zu kommen. Autoritäre Kräfte überall auf der Welt greifen mit aller Brutalität Errungenschaften an, die über Jahrzehnte erkämpft worden sind. Sie machen feministische Fortschritte zunichte, zerstören unsere natürliche Lebensgrundlage, ersetzen demokratische Institutionen durch unverhohlene Gewalt. Dazu haben mit der Klimakrise die Jahrhundertaufgabe, welche wir nur mit konsequenter, solidarischer Politik bewältigen können.

Eure Geschichten zeigen: Die SP ist da, wenn es darum geht, Familien zu unterstützen, bezahlbaren Wohnraum zu sichern, sich für eine menschliche Asylpolitik einzusetzen, in der Gleichstellung voranzukommen oder das Klima zu schützen. All das sind Bausteine einer Politik, die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt – und die untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und Freiheit verbunden ist. Darum: Danke für euren Einsatz, eure Beharrlichkeit und eure Leidenschaft. Ihr macht die SP stark, im Weinland und in der ganzen Schweiz. Gemeinsam werden wir auch die Herausforderungen der Zukunft meistern – und noch viele weitere Erfolgsgeschichten schreiben.

Mit solidarischen Grüessen,

Mattea Meyer
Co-Präsidentin SP Schweiz



Erfolgsgeschichten der SP Weinland

Vorwort von Käthi Furrer, Co-Präsidentin SP Weinland

Die Arbeitsgruppe «Erfolgsgeschichten der SP Weinland», bestehend aus Fabrizio Boeniger, Käthi Furrer, Peter Kissling und Thomas Röhren, hatte sich 2021 zum Ziel gesetzt, Erfolge der SP zusammenzutragen, sichtbar zu machen und sie in den grösseren Zusammenhang der Werte und Ziele der Sozialdemokratie zu stellen.

Um möglichst viel Material zu sammeln, haben wir im Oktober 2021 eine Umfrage an unsere Mitglieder geschickt und sie gebeten, uns bei der Suche nach kleinen und grossen Erfolgsgeschichten zu unterstützen, worauf einige Beiträge eingegangen sind. Die schriftlichen Schilderungen und prägnanten Bilder stellen jeweils eine Erfolgsgeschichte anschaulich und verständlich dar.

Grundstock für die Illustrationen der historischen Teile bilden Plakate aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie. Viele davon sind bei der Stiftung SP Bildung als Dateien erhältlich.

Wir möchten mit dieser Broschüre der «internen Öffentlichkeit» – das heisst unseren Mitgliedern und Sympis – vermitteln, dass sich die SP seit über 100 Jahren für unsere Mitbürger:innen einsetzt. Wir zeigen damit auch, wann und wie sich unsere Partei auch auf lokaler Ebene zu einem Thema hervorgetan hat, was sie in Politik und Gesellschaft erreicht hat.

Viel Freude beim Blättern durch unsere Erfolgsgeschichten.

Käthi Furrer

Inhalt

- 4. Die Partei mit Zug
- 8. Die Anti-Atompartei
- 10. Die Integrationspartei
- 14. Die Naturpartei
- 18. Die Kinder- und Familienpartei
- 20. Die Partei und die «Mainstream-Presse»
- 23. Die Partei und ihre «radiislis»
- 26. Die Partei der Wohnbaugenossenschaften

Liebe Bahnreisende

Das Halbp reis-Abo habt Ihr der SP zu ver-
danken.

Die SP handelt umweltfreundlich und sozial: Sie setzt sich erstens für den öffentlichen Verkehr ein. Und zweitens für Preise, die sich nicht nur die Reichen leisten können. Ein Beweis dafür ist das Halbp reis-Abo der SBB: Die SP hat es vorgeschlagen – und durchgesetzt.

Die SP – Die Partei mit Zug lokal – gestern, heute, morgen

Stop and Go am Rheinflall

2012 hat der Zürcher Regierungsrat beschlossen, die SBB-Haltestelle Schloss Laufen ersatzlos aufzuheben. Der Plan, die Station auf die Rheinflallbrücke zwischen Laufen und Neuhausen zu verlegen, hatte sich als technisch schwierig und (zu) teuer erwiesen. Eine Sanierung der alten Haltestelle kam für die Regierung nicht in Frage, weil ihre Lage in einer engen Kurve eine vollständige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes nicht zulasse.

Als SP-Kantonsrat und Vertreter des Weinlands war für mich klar: Ein solcher ÖV-Kahlschlag am Rheinflall kommt nicht in Frage. Ich habe deshalb ein dringliches Postulat eingereicht und dem Regierungsrat drei Varianten für eine Attraktivierung des ÖV-Zugangs zum Rheinflall vorgeschlagen. 163 Kantonsrät:innen haben das Postulat unterstützt und an die Regierung überwiesen.

Der Regierungsrat musste die Forderung ernst nehmen und er hat sie ernst genommen. Nach Rücksprache mit den Bundesbehörden wurde beschlossen, die bestehende Haltestelle für die längeren S-Bahnzüge zu verlängern, zu modernisieren und zu attraktivieren. Die Zugänglichkeit für Rollstuhlfahrende soll über die Postautolinie und über die neue Haltestelle Neuhausen am Rheinflall sichergestellt werden.

So ist es auch geschehen: Die Regierung hat ihre Zusage wahr gemacht. Die Haltestelle Schloss Laufen wurde rasch umgebaut und ist bereits seit 2018 in Betrieb. Die wachsenden Passagierzahlen geben uns recht.

Die Rettung der SBB-Station Laufen gehört zu den Erfolgen im Kantonsrat, auf die ich wirklich stolz bin. Fast ebenso wichtig ist aber auch, dass es in einem zweiten Vorstoss gelungen ist, das Grasparkieren auf der Zürcher Seite des Rheinflalls abzuschaffen. Wie in Schaffhausen muss ab diesem Jahr – end-



Bild: Käthi Furrer, Dachser

lich – auch auf den Parkplätzen beim Schloss Laufen für das Parkieren der Autos und Busse etwas bezahlt werden. Damit hat sich unsere Verkehrspolitik auch im nördlichen Weinland durchgesetzt: Der öffentliche Verkehr muss gefördert werden, der motorisierte Individualverkehr soll einen grösseren Teil der Kosten, die er verursacht, selbst tragen.

Markus Späth, alt Kantonsrat

Für den öffentlichen Verkehr – im Kleinen und im Grossen

Die Wurzeln des Einsatzes der schweizerischen Sozialdemokratie für den öffentlichen Verkehr finden sich schon in ihren Anfängen. Im 19. Jahrhundert gab es eine Vielzahl von privatwirtschaftlichen Bahngesellschaften, die sich teilweise in den Ruin konkurrierten. «Die wirtschaftlichen und regionalpolitischen Interessen der Gesellschaften führten zum finanziell desaströsen Bau praktisch parallel verlaufender Eisenbahnstrecken, der die als Gegenstück zu den grossen Gesellschaften konzipierte Nationalbahn in den Konkurs trieb.» (Wikipedia) Die Stadt Winterthur hatte unter diesem Konkurs bis in die 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts finanziell zu leiden.

Bereits 1870 wird in dem geplanten Programm der zu gründenden Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Forderung nach einer Bundeslösung gefordert: «Von der Meinung ausgehend, dass alle Ver-

kehrsmittel Staatseigentum sein sollen, und dass der Staat keinerlei Monopole (über der Konkurrenz stehende Vorrechte) Privaten zur Ausbeutung überlassen dürfe, stimmen wir für Übernahme der Eisenbahnen durch den Bund.» Erst 1898 wurde dann in einer Volksabstimmung die Verstaatlichung gutgeheissen – die Geburt der SBB. Seit damals setzt sich die SP und die Gewerkschaften (insbesondere die Eisenbahngewerkschaft SEV) für den Service Public ein und versucht auch in der neoliberalen Welle seit den 80er-Jahren, zu verhindern, dass zentrale Aufgaben des Staates privatisiert werden.

Aus dem Parteiprogramm von 1982

(Diese über 40 Jahre alten Aussagen sind so aktuell, als ob sie heute geschrieben worden wären.)

Der private Individualverkehr deckt die Kosten, die er verursacht, bei weitem nicht. In den Agglomerationen, den Städten und Kantonen, im Gesundheitswesen müssen wir jährlich Milliarden aus öffentlichen Mitteln zuschiessen .

Demgegenüber wurde der Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs grob vernachlässigt. Dies wollen wir ändern. Deshalb setzen wir uns ein:

- für die Eindämmung der gesamten Verkehrsbewegungen, insbesondere beim motorisierten Individualverkehr;
- für eine Verkehrsplanung, welche dem öffentlichen Verkehrsnetz den Vorrang gibt und dem Individualverkehr eine komplementäre Bedeutung einräumt;
- für eine Beschränkung der Umweltbeeinträchtigung durch den Verkehr;
- für eine vollständige Überwälzung sämtlicher, vom Verkehr verursachten sozialen und Umweltkosten auf die Verursacher;
- für einen Abbau des Zwangsverkehrs durch siedlungs- und versorgungspolitische Massnahmen ; [gemeint ist das Problem der Zersiedelung, fb]
- für einen ausgebauten öffentlichen Verkehr im Regional- und Agglomerationsbereich;

- für eine Verbesserung der Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Bahnen gegenüber dem Privatverkehr;

- für eine Förderung des Fussgänger- und Veloverkehrs vor allem in Städten;

- gegen weitere Nationalstrassen und deren Ausbau;

- gegen weitere Alpentunnels für den motorisierten Privatverkehr;

- für eine echte Demokratie im Ausbau aller Verkehrssysteme.

Aus unserem aktuellen Parteiprogramm von 2010

Die Schweiz hat ein System des öffentlichen Verkehrs von europaweit einmaliger Dichte und Qualität. Die Überlastung der Strassen lösen wir nur durch eine Verminderung des Individualverkehrs, die Förderung des Langsamverkehrs und einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Zudem müssen die Arbeitswege der Menschen kürzer werden. Verdichtetes Bauen soll einer Zersiedelung entgegenwirken. Es braucht Kostenwahrheit, auch im Flugverkehr.

Schern
20

La responsabilità è grande
Contribuite tutti!
Legge sulla durata del lavoro

SI

Broggato

7/1/52
S. C. A. S. I.
L. 10/1/52



**SCHLUSS
DAMIT!**

Sozialdemokratische Partei



Die SP – Die Anti-Atompartei lokal – gestern, heute, morgen

Regionalkonferenz Zürich Nordost

«Die Region Zürich Nordost wurde als eine von sechs möglichen Standortregionen für ein geologisches Tiefenlager vorgeschlagen. Alle Regionen haben die Aufgabe, ihre Interessen ins Auswahlverfahren einzubringen. Wichtigstes Element dieser Regionalen Partizipation ist die Regionalkonferenz. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern der Gemeinden, Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden und Personen, deren Interessen durch keine Organisation vertreten sind.» (Regionalkonferenz)

An den Tagen und Wochen vor der Gründungsversammlung der Regionalkonferenz im Jahre 2011 haben Markus Späth und ich (zusammen mit Luca Fasnacht von den Grünen) die vorgesehenen Statuten intensiv studiert und diverse Anträge erarbeitet, um

sie deutlich zu verbessern.

Die meisten dieser Anträge wurden dann an der Gründungsversammlung mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Zudem haben Markus Späth und Andi Jenni massgebend dazu beigetragen, dass der Standortvorschlag für die Oberflächenanlage in der dritten Etappe nochmals ernsthaft hinterfragt wurde und dass der Antrag auf einen Verzicht der heissen Zelle im Weinland mehrheitsfähig wurde.

Peter Weiller

Aus dem aktuellen Parteiprogramm von 2010

Die SP will eine Energiepolitik, die auf Atom- und Gas-kraftwerke verzichtet, zu einer umweltverträglichen CO₂-Bilanz führt, die Abhängigkeit vom Ausland verringert, die Versorgungssicherheit erhöht und das in der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien steckende Beschäftigungspotenzial voll ausschöpft.

Aus einem Leserbrief von Peter Kissling, Co-Präsident SP Weinland, vom 2.11.2021 an die Andelfinger Zeitung

Das Stilllegen der Schweizer Atomkraftwerke ist der Garant, dass die Menge der endzulagernden Abfälle von Atomkraftwerken nicht noch mehr zunimmt. Seit Jahrzehnten wird händeringend nach einem Ort gesucht, an dem der radioaktive Müll endgelagert werden kann, auch bei uns im Weinland. Die Axpo hat

diese Woche verlauten lassen, dass Strom von einem neuen Atomkraftwerk doppelt so teuer zu stehen kommt, als wenn man den Strom mit Photovoltaik erzeugen würde. Investieren wir in die richtige Energiegewinnung! Ich möchte den nächsten Generationen ein intaktes Weinland ohne Altlasten in unbegrenzter Menge hinterlassen. Die Atomtechnologie ist nicht mehr zeitgemäss und deshalb abzulehnen.

PKA/11



wir brauchen
diese Menschen...

und
sie brauchen uns

Schwarzenbach-
Initiative: nein!

Die SP - Die Integrationspartei lokal - gestern, heute, morgen

Deutsch für Flüchtlingsfrauen

Als Redaktionsmitglied der «anderen seite» schrieb ich 2014 zum Thema «Integration» einen Artikel über den Deutschkurs für Flüchtlingsfrauen, der jeweils am Freitag im Kirchgemeindehaus Andelfingen von Maja Druey und einer weiteren Lehrerin auf Veranlassung der Asylkoordination erteilt wurde. Sprache führt aus der Isolation zur Integration, schliesslich zur Selbstständigkeit, davon war und bin ich überzeugt.

Kurz nachdem ich den Artikel verfasst hatte, anbot ich mich, im Deutschunterricht mitzuarbeiten. Acht Frauen anzuleiten, die alle auf unterschiedlichem Niveau in der neuen Sprache vorankamen, war eine anforderungsreiche Aufgabe. Als pensionierte Lehrerin war ich gerne dabei, meinen Teil zu dieser Integrationsarbeit zu leisten.

Eine der Frauen aus Afghanistan, schmal, klein, den Kopf meist gesenkt, war mir bei den Teilnehmerinnen besonders aufgefallen. Sie lernte still für sich, hatte kaum Kontakt zu den übrigen Frauen, sass abgesondert an einem einzelnen Tisch. Langsam, langsam fasste sie Mut, machte bei den gemeinsamen Aktivitäten vermehrt mit und meldete eines Tages den Wunsch an, am grossen Tisch mit den Frauen zusammen zu sitzen und zu schreiben. Bereits ein Erfolg! Nach drei Jahren bei unserem freiwilligen Angebot durfte sie zum Deutschkurs, der an fünf Tagen stattfand, nach Winterthur wechseln. Ein weiterer Schritt zur Integration. Immer wieder bin ich dieser Frau begegnet. Einmal traf ich sie an der Chilbi. Sie hatte einen kleinen Stand eröffnet und bot ein Essen aus ihrer Heimat an. Welch ein Schritt zur Selbstständigkeit! Vor drei Jahren traf ich sie zufällig im Dorf. Überglücklich berichtete sie mir, dass sie nun frei vom «Sozialgeld» sei. «Mein Mann hat Arbeit bei einem lokalen Betrieb und ich kann an verschiedenen Orten putzen gehen. Wir brauchen keine Unterstützung mehr von der Gemeinde. Ich bin so froh!»

Ich freue mich ebenfalls. Mit unserem freiwilligen Deutschunterricht für Frauen haben wir ihr geholfen, einen ersten Schritt auf dem Weg zur Selbstständigkeit zu machen.

Elisabeth Ritter

Wir brauchen diese Menschen und sie brauchen uns

Gegen fremdenfeindliche Politik

Die Sozialdemokratie setzte sich immer gegen Ausgrenzung von Ausländer:innen ein und bemühte sich um ihre Integration. So bekämpfte die SP auch 1970 die fremdenfeindliche Schwarzenbach-Initiative, die beabsichtigte, die Hälfte der damals in der Schweiz arbeitenden und dringend benötigten Ausländer aus dem Land zu werfen. Der Initiator der Initiative, James Schwarzenbach, war vor dem zweiten Weltkrieg Mitglied der faschistischen Nationalen Front. Als Sekretär der Initiative fungierte damals Ulrich Schlüer aus Flaach.

Ausser der Initiatorin, Schwarzenbachs Nationalen Aktion, waren damals alle Parteien (inklusive der damaligen SVP!) gegen die Initiative. Wir sind uns treu geblieben.

Im aktuellen Parteiprogramm von 2010 wird Klartext geredet

Dafür steht die SP ein:

1. Die Schweiz ist seit hundert Jahren ein Einwanderungsland und wird eines bleiben. Die Integration der eingewanderten Menschen ist eine zentrale Daueraufgabe. Integration beinhaltet für die eingewanderten Menschen einerseits die Verpflichtung auf die Menschenrechte, die Grundwerte der demokratischen Rechtsordnung und das Erlernen einer Landessprache, andererseits das Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt unter würdigen Bedingungen und die gleichberechtigte Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten unter Wahrung der kulturellen Identitäten. Allen Niedergelassenen ist das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren, auch das Recht auf Einbürgerung, wenn sie seit längerem in der Schweiz leben oder hier geboren sind.

2. Die Pflege des Zusammenhalts zwischen den sprachlich und kulturell verschiedenen Landesteilen bleibt ebenfalls eine politische Daueraufgabe. Der politische Minderheitenschutz, das klare Bekenntnis zur viersprachigen Schweiz und der Service public sind geeignete Instrumente dafür.

3. Diskriminierungen aller Art müssen gesetzlich verboten werden. Darüber hinaus braucht es staatliche und nichtstaatliche Massnahmen und Projekte zur Förderung der Gleichbehandlung und gegen Fremdenhass, Ausgrenzung und Sündenbockdenken.

4. Die weltweite Migration bietet bedeutende Chancen und birgt bedeutende Risiken. Eine aktiv gestaltende Migrationspolitik ist deshalb unverzichtbar. Sie soll sich an der Würde der Menschen und einer einschliessenden Gesellschaftsordnung orientieren, das völkerrechtlich verankerte Flüchtlingsrecht stärken und dafür sorgen, dass Migration zur Emanzipation des Menschen, zur sozialen Entwicklung und zur Völkerverständigung beiträgt und Risiken wie Lohn- und Sozialdumping, Menschenhandel und eine ungleiche Verteilung der Bildungskosten zwischen den Staaten vermieden werden. Zudem setzt sich die SP für die kontrollierte Regularisierung des Aufenthaltsstatus von Menschen ein, die ohne gültige Papiere in der Schweiz leben („Sans-papiers“).

LOGISCH, SIE GEHÖRT DAZU!

Gowry, HSK-Lehrerin Schulkreis Limmattal Zürich, aus Sri Lanka

JA zur Mitbestimmung
in der Gemeinde.

SP



Volksinitiative JA



Sozialdemokratische Partei / Gewerkschaftsbund

Die SP – Die Naturpartei lokal – gestern, heute, morgen

Grünes Licht für die Thur

Wer heute zum ersten Mal das Naturzentrum Thuraunen in Flaach besucht, ahnt kaum, wie die Thur in den Siebzigerjahren ausgesehen hat. Nach den beiden grossen Überschwemmungen 1977 und 1978 sollte die schon beinahe ganz kanalisierte Thur zwischen Andelfingen und der Mündung in Flaach mit Granitblöcken zusätzlich verbaut und das Vorland und der darauf stehende Auenwald zwischen Fluss und Damm massiv abgetragen werden. Die Philosophie der damaligen Wasserbauer lautete: «Das Durchflussprofil zwischen den Dämmen muss möglichst gross sein, damit der Abfluss bei Hochwasser gewährleistet ist».

Gegen diese einseitig technokratische Sicht erhoben sich schon bald kritische Stimmen. Sprachrohr in der Öffentlichkeit wurde die Pro Thur, in der sich Persönlichkeiten aus Naturschutz, Fischerei und Politik gegen das Projekt zur Wehr setzten. Als «Greenhorn» im Kantonsrat, wurde ich 1983 in den illustren Verein aufgenommen. Gemeinsam mit Ernst Krebs (alt Oberforstmeister des Kantons), Erwin Akeret (alt Nationalrat, SVP! und Grüner der ersten Stunde), Ernst Wohlwend (späterer Stapi von Winterthur), Bruno Kläusli (der Bruder unseres Rheinauer Genossen René Kläusli) und meinem Vorgänger Hanspeter Grossmann setzte ich mich für eine Lösung der Hochwasserproblematik ein, die nicht zu Lasten des grössten zusammenhängenden Auengebietes im Mittelland ging.

So richtig Fahrt nahm unser Anliegen auf, nachdem Ernst Krebs und ich mit einer Einzelinitiative Alternativen für einen sinnvollen Hochwasserschutz am unteren Thurlauf aufgezeigt hatten: Statt Blockbau und kahlrasierte Vorlandstreifen gezielte Öffnungen in den Auenwald als Auffangflächen bei Hochwasser. Das Echo im Flaachtal war heftig: Wir wurden bei einer Info-Veranstaltung an der Thur massiv angegangen und meine Frau Erna erhielt sogar den Hinweis, man habe für mich in Flaach schon noch die eine oder andere Flinte parat...



Dass die Einzelinitiative im Kantonsrat mit 61 Stimmen vorläufig unterstützt wurde, war damals eine grosse Überraschung und gab unserem Anliegen zusätzlichen Auftrieb. Möglich gemacht hatte die Sensation unter anderem Bruno Kläusli, der für eine der beiden Stimmen aus der FDP-Fraktion gesorgt hatte. Dieser Entscheid bewirkte ein allmähliches Umdenken auf allen Ebenen. Die Wasserbauer erkannten, dass die Kanalisierung im Oberlauf der Flüsse lediglich eine Verschärfung der Situation in den weiter unten liegenden Gebieten zur Folge hatte und setzten daher vermehrt auf Renaturierungsmassnahmen.

Zur heute sehr erfreulichen Situation beigetragen haben eine gemeinsame Exkursion der Pro Thur und der Flaacher Landwirte zu den Rheinauen in Rastatt sowie ein runder Tisch der Baudirektion, wo alle Beteiligten ihre Anliegen einbringen konnten. Dass die Thur bei Flaach heute so aussieht, erfüllt mich mit Freude und auch ein wenig persönlichem Stolz.

Roland Brunner, alt Kantonsrat

Gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur

Am Anfang der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie stand im Vordergrund der Kampf gegen die weitverbreitete soziale Not (Kinderarbeit, Hunger, 14-Studentag, unmenschliche Wohnverhältnisse usw.). Der Schutz der Natur spielte deshalb noch keine grosse Rolle. Rauchende Schloten standen für Arbeit, Brot und Fortschritt. Erst in den 70er-Jahren wandelt sich die Partei – und zwar bevor es die Grünen gab – rasch auch zur Umweltpartei. Immer wurde aber auf die Zusammenhänge zwischen Naturzerstörung und Ausbeutungsverhältnissen hingewiesen. Soziale Gerechtigkeit und Naturschutz werden bis heute nicht als Gegensätze gesehen. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar.

Aus dem Parteiprogramm von 1982

Die Entwicklung der Wirtschaft führte zudem über gewaltige Konzentrationsprozesse zu einer wirtschaftlichen Machtballung ohne demokratische Kontrolle, die uns alle betrifft. Die masslose Expansion der Wirtschaft und der gewaltig angeschwollene Verkehr haben Schäden und Zerstörung der Umwelt zur Folge. Wir sind gezwungen, mit viel Geld die Schäden an Natur und Umwelt und an der Gesundheit der Menschen zu beheben. [...]

Der Kapitalismus ist in alle Lebensbereiche eingedrungen und hat die Werte und Ziele des Menschen und den Entwicklungsprozess der Gesellschaft geprägt. Er schränkt die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen ein, weil er alles, selbst die Menschlichkeit, Gefühle, Liebe, Natur, zur Ware oder zum Geschäft macht. Er beraubt unsere Gesellschaft der Fähigkeit, dezentralisierte und nach Bedürfnissen orientierte wirtschaftliche Entwicklungswege zu beschreiten, und zerstört die Lebensgrundlagen.

Aus unserem aktuellen Parteiprogramm von 2010

Wirtschaftliche Werte beruhen auf Arbeit und Natur. Das heutige Produktionssystem beutet sowohl die Arbeitnehmenden als auch die Natur bis zur Zerstörung aus. Eine gerechte Wirtschaftsordnung darf sich nicht damit begnügen, die Ausbeutung der Arbeitnehmenden zu überwinden. Sie muss auch für Nachhaltigkeit und Ressourcengerechtigkeit sorgen. In einer zerstörten Umwelt gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist Umweltpolitik nur erfolgreich, wenn sie auch dazu beiträgt, die sozialen Unterschiede zu verringern.

CARIKET 25

Arbeit und Brot
Wählt Sozialdemokraten Liste 1

A man in a dark suit and tie stands on the left, waving his right hand. To his right, a young girl in a dark, short-sleeved dress with a plaid skirt and dark socks waves her right hand. They are both smiling. The background is a vibrant green with a pattern of light-colored, circular spots, resembling a close-up of a textured surface or a stylized forest floor.

**schöne Heimat
frohe Menschen**

Sozial- demokraten

Die SP – Die Kinder- und Familienpartei lokal – gestern, heute, morgen

Einrichtung von Tagesstrukturen in Henggart, familienergänzende Kinderbetreuung

In Henggart musste so um 2017 die bisherige Tagesstruktur (Schulhort) ersetzt werden, da sie den kantonalen Auflagen nicht mehr entsprach, unter anderem zu klein war. An der Gemeindeversammlung musste entschieden werden, ob eine kostengünstige Variante mit Containern erstellt werden oder im Schulhaus ein neuer Hort gebaut werden sollte. Dazu hätten einige Räume total umgebaut werden müssen, aber es würde ein grosser, moderner Hort mit grosszügigen Räumen, viel Licht und Auslauf in einem Garten entstehen – allerdings rund 300'000 Franken teurer als die Container-Variante.

An der gut besuchten Gemeindeversammlung waren die meisten Stimmen für die kostengünstige Container-Variante. Ich war praktisch die einzige Mutter, die sich äusserte! Ich betonte, dass die Container-Variante jedes Jahr neu vom Kanton bewilligt werden müsste, zudem im Sommer heiss, im Winter eher kühl und recht klein wäre. Und welche Kinder dürften bei fehlenden Plätzen den Hort nicht besuchen – mein Kind,

Ihr Kind? In meinem zweiten Votum ging ich auf die Vorteile des teureren, zukunftsweisenden Hortes ein: Gute Arbeitsbedingungen in einem modernen Hort, der auch ausreichend Plätze zur Verfügung stellen kann und dem Wohl der betreuten Kinder sehr entspricht.

Die Abstimmung war eine kleine Zitterpartie für mich. Aber mindestens 60% war für die Variante 2! Voller Erfolg! Anschliessend gab es Apéro, und einige Mütter und auch ältere Frauen haben sich an mich gewendet, dass sie froh über meine Stimmen waren, sich aber einfach nicht wagten, am Mikrofon ihre Meinung zu sagen.

Anita Märki

Die Sozialdemokratie setzt sich seit ihrer Gründung für familienfreundliche Strukturen ein.

Schon im Parteiprogramm von 1921 wird unter «Kultur- und Schulfragen» eine Reihe kinderfreundlicher Institutionen gefordert: «Kindergärten, Jugendhorte, Spielkurse, Ferienkolonien, Wald und Freiluftschulen.»

Im aktuellen Parteiprogramm von 2010 wird Klartext geredet: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen, geht nicht nur die Frauen etwas an. Durch eine flächendeckende familienergänzende Kinderbetreuung, einen bezahlten Vaterschaftsurlaub und eine generelle Arbeitszeitreduktion können alle Mitglieder der Familie zur Betreuungs- und Pflegearbeit beitragen und ihre Verantwortung übernehmen. Niemand soll auf eine nur zahlende oder nur sorgende Person reduziert werden.





Befreiung der Arbeit aus den Fesseln
des Kapitalismus!

Proletarier
aller Länder

Vereinigt euch!

Welt-Feiertag
1. Mai
Arbeiter

9 DER NEUE POSTILLON 20

Die SP – Die Partei und die «Mainstream-Presse» lokal – gestern, heute, morgen

die rote seite und die andere seite

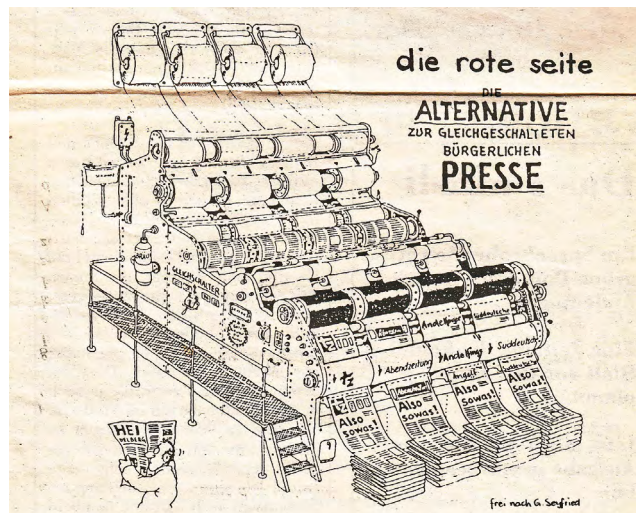
Mainstream-Presse ist ein belasteter Begriff, weil Corona-Schwurbler und Verschwörungs-Junkies ihn kontaminiert haben. Aber: Die Arbeiterbewegung und mit ihr die Sozialdemokratie waren im Umfeld einer ihr in der Regel nicht wohlgesinnten Medienlandschaft – neusprech: Mainstream-Presse – seit ihrer Entstehung im neunzehnten Jahrhundert oft gezwungen, sich mit eigenen Presseerzeugnissen Gehör zu verschaffen.

Vor über 30 Jahren war die Situation im Bezirk Andelfingen für uns und auch für die Grünen besonders unbefriedigend. Die Andelfinger Zeitung unter ihrem Verleger Karl Akeret vertrat betont konservative-rechtsbürgerliche Positionen und berichtete oft unsachlich oder gar nicht über unsere Anliegen und boykottierte gegen alle Abmachungen Artikel von uns.

1991 platzte uns und den Grünen der Kragen und wir begannen mit einem Doppelblatt **die rote seite** und **die grüne seite** die Bevölkerung des Weinlands direkt über unsere Sicht zu informieren. Auch wenn diese Zeitung wegen unserer spärlichen Ressourcen nur drei Mal jährlich erschien, erregte sie doch einige Aufmerksamkeit und weckte die Lust nach mehr. 1996 wurde mit Einbezug der EVP ein Trägerverein als Herausgeber für **die andere seite** des Bezirks Andelfingen gegründet. Das Präsidium bestand während der ganzen Lebensdauer der Zeitung aus Alfred Weidmann von den Grünen, Margrit Wälti von der EVP und Jürg Keller von der SP. Der Journalist Dieter Langhart von den Grünen sorgte als «Chefredaktor» für ein professionelles Erscheinungsbild. Die Arbeit an der Zeitung hat wohl auch wesentlich dazu beigetragen, dass die drei Parteien über Jahre hinweg gut zusammenarbeiteten und somit ein Gegengewicht zur bürgerlichen Dominanz im Bezirk entstehen konnte.

Gemäss Jürg Keller ist der Erfolg der Zeitung auch darauf zurückzuführen, dass die Ausrichtung der Andelfinger Zeitung insbesondere bei den neuzugezogenen Einwohnern nicht immer gut angekommen ist und es bis anhin kein Medium gab, das den ganzen Bezirk abdeckte. So lief auch das Inseratengeschäft gut, weil sich viele lokale Geschäfte einen guten Zugang zu ihrer örtlichen Kundschaft erhofften. Sie hatten dabei keine Berührungsängste, einige waren auch SVP-Mitglieder.

Nach dem Tod von Karl Akeret öffnete sich die Andelfinger Zeitung mehr und mehr, über unsere Veranstaltungen wurde korrekt berichtet und wir konnten unsere Positionen auch in der «Mainstream-Zeitung» des Bezirks der Öffentlichkeit vermitteln. Deshalb stellten



die drei Parteien nach neun erfolgreichen Jahren **die andere seite** 2015 ein.

Wenn man heute in den alten Ausgaben blättert, freut man sich über die vielen spannenden und oft immer noch aktuellen Artikel – eine mediale Erfolgsgeschichte!

fb



Die linke Presse

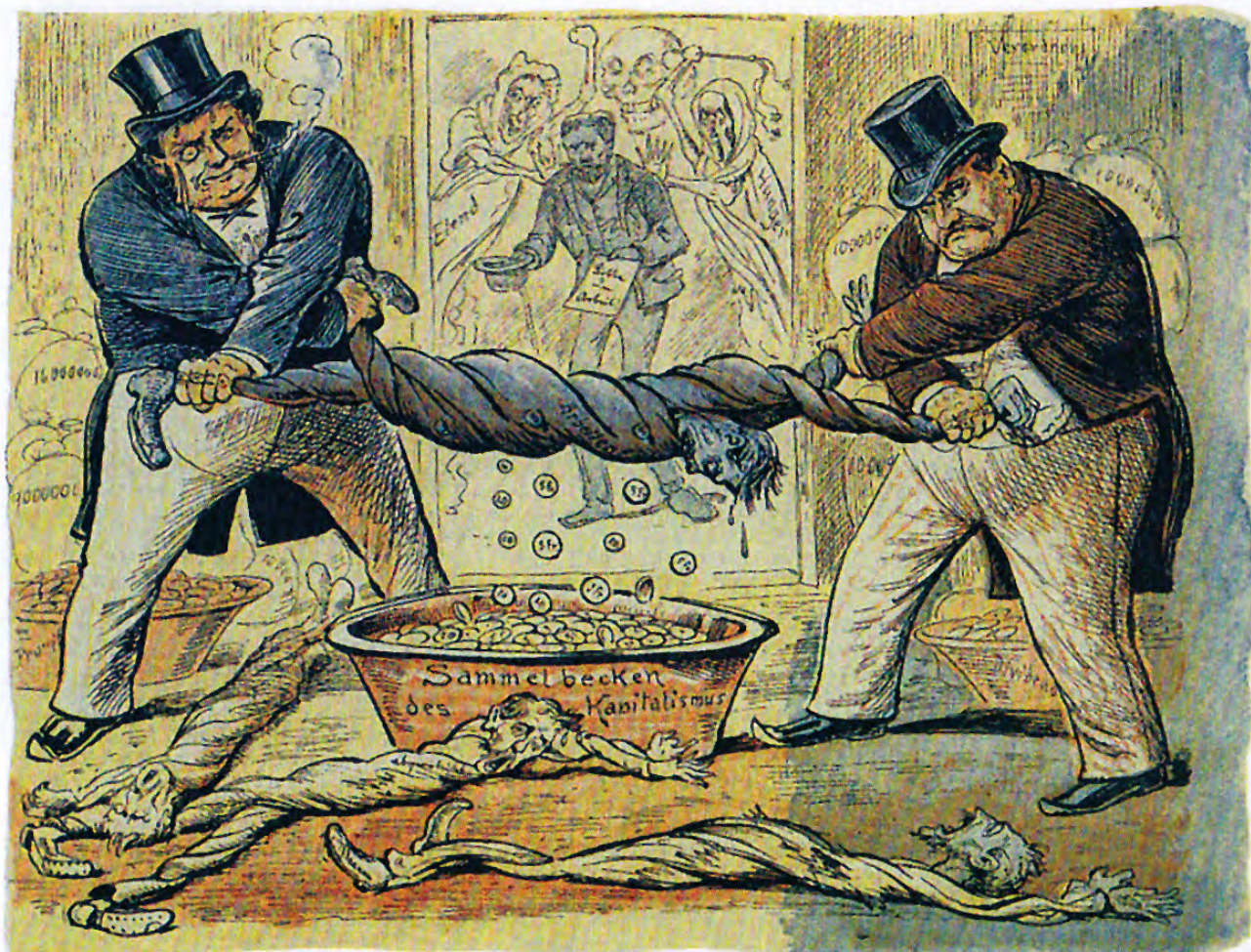
Der Ursprung für die Entstehung einer linken Presse ist in den sozialen Umwälzungen zu finden, die während der forcierten Industrialisierung Mitte des neunzehnten Jahrhunderts breite Schichten ins Elend stürzte. So wollte der «Usterbote» von 1845 in seiner Erstausgabe «[...] die Noth darstellen, die in den arbeitenden Klassen immer mehr um sich greift, und zugleich die Mittel bezeichnen, durch welche dieser Noth abgeholfen werden kann». Gegen Ende des Jahrhunderts entstand, getragen aus linksfreisinnigen Kreisen (Grütliverein), Gewerkschaften und der aufkommenden Sozialdemokratie, eine Vielfalt von Zeitungen und Zeitschriften, die versuchten, ein Gegengewicht zur bürgerlichen Presse aufzubauen. Neben der Verbreitung des für eine Veränderung notwendigen Klassenbewusstseins, ging es auch konkret um Informationen für die härter werdenden Arbeitskämpfe wie Streiks und Demonstrationen. Auch die Gegenseite rüstete medial auf, sodass die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts als die grosse Zeit der parteigebundenen Presse bezeichnet werden kann.

Mit den Erfolgen und der Integration der Sozialdemokratie vor allem auf Gemeindeebene verlor die parteigebundene Presse kontinuierlich an Bedeutung. Früher unvorstellbar wurde mitten im zweiten

Weltkrieg mit Ernst Nobs ein langjähriger Chefredaktor der grössten sozialdemokratischen Tageszeitung «Volksrecht» zum ersten Mal ein Sozialdemokrat Bundesrat.

«Die Zeit der Parteizeitungen ist einfach vorbei», stellte Koni Loepe in einem Interview 2014 fest, war aber Mitbegründer des P.S., das als linke, aber offenere Zeitung seit 1998 bis heute existiert. Auch die Schaffhauser AZ hat eine ähnliche Entwicklung durchgemacht. Als letzte existierende Arbeiterzeitung ist sie nicht mehr nur Sprachrohr der SP, sondern eine «Zeitung mit Haltung, als kritische Stimme, die links der Mitte steht». Es ist immer noch wichtig, dass eine von bürgerlichen Verlegern unabhängige Presse weiterexistieren kann.

Wer sich vertieft informieren will, gelangt mit dem QR-Code zu einem hervorragenden Artikel in der WoZ über die Geschichte der Arbeiter:innenpresse der Schweiz. Dort kann man auch die WoZ bestellen, die ja ein weiteres erfolgreiches Beispiel der neuen linken Presse darstellt.



«Das neue Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer». Karikatur aus dem «Neuen Postillon», Zürich, Schweiz 1896

Die SP – Die Partei und ihre «radiisli» lokal – gestern, heute, morgen

radiisli gesät und 40 Jahre geerntet

Als Anfang der 80er-Jahre die SP-Sektionen einige junge Mitglieder gewinnen konnten, wuchs das Bedürfnis nach Kommunikation und Austausch innerhalb der Bezirkspartei. Auch eine wachsende Zahl von Sympathisantinnen und Sympathisanten sollte besser informiert und stärker an die Partei gebunden werden. Daniel Sieber, Käthi Furrer, Hanspeter Grossmann, Roly Brunner, Theo Amman und ich lancierten deshalb 1983 eine parteiinterne Zeitung für den Bezirk Andelfingen.



DAS RADIESCHEN - ODER WIE WIR UNS DAS NEUE SP-INFO VORSTELLEN

Das Radieschen

Es ist rund, rot und attraktiv, wächst unterm Boden und sieht nicht nur die Oberfläche. Es ist knackig, würzig und manchmal sogar etwas scharf - aber eigentlich recht friedliebend. Rotzige oder schwammige Exemplare mögen wir nicht. Es sollte möglichst frisch genossen werden!

Die Hauptaufgabe des neuen Infos ist es, allen Sektionen des Bezirks als Publikationsorgan zu dienen. Es wird an alle SP-Mitglieder/Sympathisanten verteilt.

Ins Info gehören:

Ankündigungen von SP-Veranstaltungen in Kanton, Bezirk oder Sektion

Vorangehende oder nachfolgende Berichte darüber

Veranstaltungen oder Anlässe von anderen, der SP nahestehenden Gruppierungen

Berichte über politisch interessante Ereignisse im Bezirk

Beiträge zu grundsätzlichen politisch oder gesellschaftlich relevanten Themen (z.B. Umweltschutz, Sozialismus, Frieden, Feminismus, Verkehr usw.)

Unser Info ist noch klein. Damit es wachsen kann, brauchen wir eure Mitarbeit. Meldet euch, wenn ihr einen Beitrag habt oder ein Thema, das behandelt werden soll.

radiisli nr. 1, September 1983

Die Namensgebung beschäftigte uns ziemlich lange, das neue Sprachrohr sollte ja ein paar Jahre bleiben, nun sind 40 Jahre daraus geworden. Letztlich haben wir uns auf s'radiisli geeinigt. Das verharmloste unsere Politik ein wenig, wollte zeigen, dass wir zu den netten Linken gehören – was typisch für 80er-Jahre war, wo man bei jeder Kritik an den Verhältnissen in der Schweiz gleich nach Moskau geschickt wurde. Mein nicht ernst gemeinter Vorschlag, das Ding deshalb provokativ Rote Granate (in kyrillischer Schrift: Красный гранат) zu nennen, kam nicht so gut an, natürlich auch bei mir selbst nicht. Wäre vielleicht heute ein passender Name für Köppels putinfreundliche Weltwoche. Immerhin sollte das radiisli gemäss Gedicht in der 1. Nummer auch etwas scharf sein, was es auch wurde, und vielleicht hat es deshalb bis heute überlebt.

Ab 1986 befand sich die Redaktion in den Händen von Käthi Furrer und ab 1999 betreuten Jürg und Elisabeth Keller ganze 24 Jahre unser Leibblatt. In dieser Zeit hat es sich von einem «handglismeten» 4-Seiten-Blättchen zu einem respektablen Publikationsorgan



Daniel Sieber an der Gestaltung des radiisli, 1986

entwickelt

Diesen Erfolg haben wir nicht zuletzt den wunderbaren radiisli-Festen zu verdanken, die weit über ihre Rolle als Sponsoranlässe zu einem attraktiven Parteileben der SP Weinland beigetragen haben. Einige prominente Parteimitglieder haben für die Versteigerung spezielle Gaben gespendet. So signierten die Bundesräte René Felber und Otto Stich einige Flaschen «Radiisli-Saft» und von Bundesrat Moritz Leuenberger bekamen wir ein liebevoll gezeichnetes radiisli-Rezept. (Frage an die Parteileitung und das Medien-Team: Wann kommt das nächste radiisli-Fest? Wird langsam Zeit!)

Wie die rote, die grüne und die andere Seite ist auch das radiisli eine mediale Erfolgsgeschichte geworden.

Interview mit Jürg Keller – alt Chefredaktor radiisli

Warum hast du, zusammen mit Elsbeth, vierundzwanzig lange Jahre als Redaktor des radiisli durchgehalten? Was hat dich an dieser Arbeit interessiert?

Einerseits bin ich jemand, der nicht gerne auf der politischen Bühne auftritt. Ich arbeite lieber im Hintergrund, sehe mich eher als Schreiberling. Spass machte mir auch die Gestaltung des radiisli, der Aufbau, das Layout ... Aber am wichtigsten war für mich, dass ich nicht nur ein rein politisches Blatt herstellen durfte. Es waren immer auch spannende Texte dabei, in denen allgemeine gesellschaftliche Fragen aus einer persönlichen Sicht behandelt wurden. Ein Highlight in diesem Sinn waren für mich Alfred Vogels Kolumnen über Alltagsphänomene. Eindrücklich und lehrreich waren auch Theo Ammans lokalhistorische Betrachtungen.

Ich glaube, dass gerade diese Mischung aus politischer Information sowie weltanschaulicher und menschlicher Perspektive das radiisli bis heute so attraktiv gemacht hat. Das zeigt sich auch an den grosszügigen Spenden, die nach jedem Spendenaufruf eingegangen sind.

Aus einer handgestrickten Doppelseite ist das radiisli ja mit der Zeit zu einem ansehnlichen Format angewachsen!

Zentral für diese Entwicklung war auch etwas ganz Handfestes. Nämlich dass sich immer einige Autorinnen und Autoren verpflichtet haben, regelmässig einen Beitrag zu schreiben, Markus Späth holte in den letzten Jahren auch «Promi»-Artikel rein, zum Beispiel Texte der Präsidentin der SP Kanton, Priska Seiler-Graf, oder von Juso-Chef Nicola Siegrist.

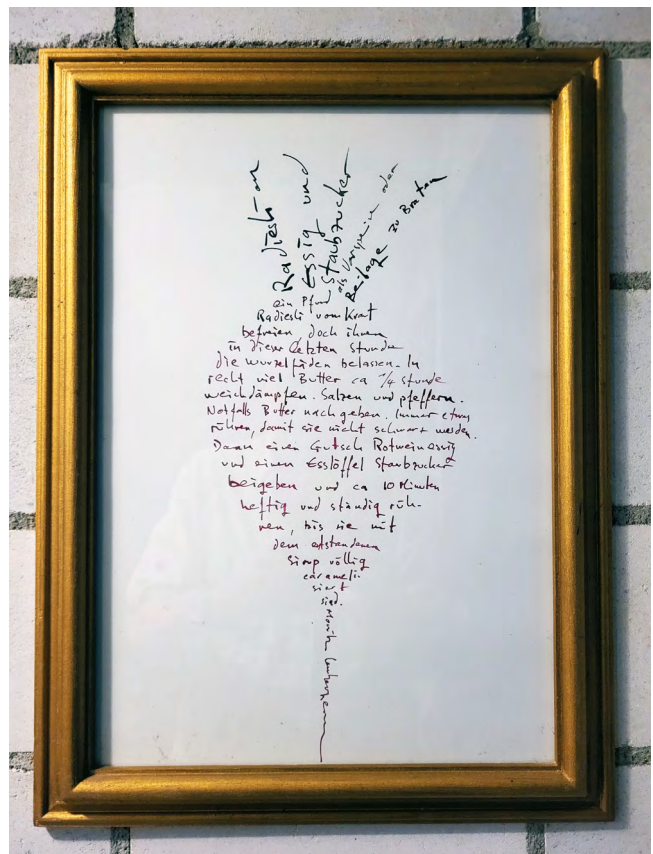
Zurzeit beschäftigt sich das Medien-Team der SP Weinland mit unseren Publikationen, unter anderem mit der Rolle des radiisli – allenfalls im Verbund mit den sozialen Medien. Was wünschst du dir von diesem Neuaufbruch?

Bis jetzt war das radiisli – auch aus urheberrechtlichen Gründen – nicht im Internet sichtbar und auch nicht den sozialen Medien integriert. Wie es auch herauskommt, zentral wäre für mich auch für die Zukunft, dass die oben erwähnte Verbindung zwischen dem Politischen und Menschlichen zustande kommt.

fb



Radiisli-Saft mit der Unterschrift der Bundesräte René Felber und Otto Stich



radiisli-Rezept von Moritz Leuenberger



Die Rolle der parteiinternen Zeitungen

Es gibt gute Gründe, warum es Publikationsorgane in praktisch jedem Verein, Dorf oder Quartier gibt. Es geht nicht nur darum, dass die lokalen Themen besser oder überhaupt zur Sprache kommen. Man kennt auch oft die Schreibenden persönlich, was – gerade in einer Partei – für die interne Diskussionskultur wichtig ist. Die Beiträge dürfen dabei durchaus ein wenig handgestrickt sein, auch wenn einige Artikel das Potenzial haben, in der öffentlichen Presse zu landen und auch immer wieder dort gelandet sind.

Letztlich sind florierende lokale Parteizeitungen ein Zeichen für die Lebendigkeit einer Sektion. Auch wenn links, die professionell gemachte Mitgliederzeitung der SP Schweiz, mit ihren kantonalen Lokalteilen viele Aufgaben der parteiinternen Kommunikation übernommen hat, gibt es im Kanton Zürich zurzeit noch gut 12 lokale SP-Blätter. Einige haben sich deutlich verändert, zum Beispiel ist De Tössemer, 1958 als SP Quartierzeitung gegründet, heute eine offene Quartierzeitung, während das radiisli zwar parteiintern geblieben ist, dafür richtete sich die andere Seite jahrelang an die Öffentlichkeit.

Rebekka Wyler, Generalsekretärin der SP Schweiz, findet lokale Parteizeitungen auch heute, im Zeitalter von Facebook, Instagram und Co., immer noch sinnvoll. Während im konservativen Oberwallis die Rote Anneliese (abgeleitet von «die rote Analyse») die wichtige Funktion habe, auch der Öffentlichkeit politische Gegenpositionen zugänglich zu machen, gehe es in der Stadt vor allem um die parteiinternen Anliegen und um die Bindung von nicht aktiven Mitgliedern an die Partei.

Sie sieht auch zwischen Social-Media-Aktivitäten und einer Zeitung auf Papier keine Gegensätze. Online-Präsenz sei zwar heute für die politische Arbeit zwingend, sei aber vor allem für kurzfristige Informationen zentral. Und solange es ältere Parteimitglieder gibt, die nicht online sind, müsse ohnehin auch auf Papier kommuniziert werden.



Werbepostkarte Winterthurer Arbeiterzeitung, 1905

Das soziale ZÜRICH



Krisenabwehr

Arbeitsbeschaffung

Jugendhilfe

Hilfe dem Alter

Keine Sparpolitik auf Kosten der Armen

Sportanlagen

Gesunde Wohnungen

Die SP – Die Partei des Wohnens, lokal – gestern, heute, morgen

Die Wohnbaugenossenschaft Weinland Casaprima und Casablanca



Casaprima und Casablanca 2018
(Drohnenfoto von Irène Brühlmeier)

«Die Häuser sind bewohnt vom Keller bis hart unters Dach, schmutzig von außen und innen, und sehen aus, daß kein Mensch drin wohnen möchte.»
(Friedrich Engels, 1845)

Nein, das war natürlich nicht die Ausgangssituation für die Gruppe von 13 Personen, die 1992 im Umkreis der SP Weinland in Marthalen die gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft Weinland (WGW) gründete. Unter anderem dank dem jahrhundertelangen Einsatz der Arbeiterbewegung hat sich die Wohnsituation hier massiv verbessert. Dennoch war in den 90er-Jahren der Wohnungsmarkt ausgetrocknet und der Spekulation ausgesetzt. Zudem wollte man eine alternative Wohnform zu dem üblichen «Mein-Gärtli-Denken» der «Hüslischweiz» ermöglichen, denn zur Genossenschaftsidee gehört – wie schon im Namen enthalten – das Element des Gemeinschaftlichen.

Für mich ist unsere Wohnbaugenossenschaft die Wohnform. Als Angestellter war es mir vor 30 Jahren schon unmöglich genügend Mittel aufzubringen, um Wohneigentum zu erwerben. In unserer Wohnsituation ist zu-dem ein Mass an Mitbestimmung und

*Mitverantwortung möglich. Das schätzen wir sehr!
(Peter und Lilian)*

Nach langer Suche wurde man in Dachsen fündig. Erwin Eggli, ein altes Parteimitglied, Arbeiter und Sozialist, musste im Zuge einer Umzonung des sogenannten Hindergartens zu Bauland seinen geliebten Gartenplatz aufgeben. Er überliess uns das Land in einem Baurechtsvertrag, und so konnten von 1997 bis 2000 mit zusätzlichem Landkauf zwei grosse Häuser – Casaprima und Casablanca, bestehend aus sechs Reihenhäusern und zwei Wohnungen gebaut werden.

*Vor 27 Jahren, mitten in der Rezession, hatte ich Bedenken, ob alles gut kommt. Heute habe ich dafür nur noch ein Lächeln übrig.
(Eugen, Architekt und Präsident der WGW)*

Die beiden Architekten, Eugen Staub aus Marthalen und Bernie Sydler aus Buch am Irchel, planten günstige, aber grosszügige und solide Wohneinheiten. Beispielsweise halten die gut isolierten Häuser mit Doppelschalenmauerwerk auch bei Hitze die Wohnräume erstaunlich kühl. Die Erstmietenden hatten zudem ein grosses Mitspracherecht bei der Gestaltung der Räume, was dazu führte, dass für die unterschiedlichen Bedürfnisse überzeugende Lösungen gefunden werden konnten. Nicht erstaunlich also, dass drei der damaligen Parteien seit Beginn, also seit über fünfundzwanzig Jahren, zufrieden in der Casaprima leben. WGW-Präsident Eugen Staub zog vor einiger Zeit mit seiner Familie ebenfalls in die Siedlung.

*Gemeinsam statt einsam = hohe Wohnqualität
(Lisbeth)*

Mieter!

Wählet jene,
die Häuser
bauen,

Nicht
jene,
die Häuser
schieben!

Stimmt
sozialdemokratisch
mit Liste II

Typisch für den gemeinschaftsstiftenden Charakter der Überbauung sind auch die naturnahe Bepflanzung mit einer Wiese ohne dem üblichen Hüglein zwischen den einzelnen Parzellen, ein von verschiedenen Parteien bebauter «Pflanzblätz» und der zwischen den beiden Häusern gelegene Raum für Open-Air-Veranstaltungen und einem Spielplatz für die Kinder mit der «Casa Bimbi». Und anstelle einer Tiefgarage wurde ein grosser Gemeinschaftsraum gebaut, in dem Sitzungen gehalten und Feste gefeiert werden.

Unsere beiden erwachsenen Kinder erinnern sich gerne an die seligen Zeiten, als sie um unsere beiden Häuser herum kreativ und mit viel Platz spielen konnten.

(Elsbeth und Rolf)

In der Casaprima zu wohnen ist einfach prima.

(Elisabeth)

Wir finden es toll, dass wir im Sommer sogar mit ein paar Schwalbenfamilien unter einem Dach wohnen.

(Roman und Doreen)

Obschon die WGW weltanschaulich neutral ist und man natürlich nicht SP-Mitglied sein muss, um hier zu wohnen, steht sie als Erfolgsgeschichte der SP Weinland in allerbesten sozialdemokratischer Tradition.

Unsere kleine Genossenschaftssiedlung gemeinsam aufgebaut und weiterentwickelt zu haben: Darauf können wir stolz sein.

(Käthi)



Im Innern eines Reihenhauses

Was ist eine Wohnbaugenossenschaft?

«Die Genossenschaft ist ein gemeinschaftliches Wirtschaftsunternehmen, dessen oberstes Ziel die Förderung seiner Mitglieder z. B. mit gutem und sicherem Wohnraum ist. Es geht darum, die Mitglieder mit dem „Produkt“ des gemeinsamen Unternehmens zu versorgen – bei Wohnungsbaugenossenschaften mit einer guten und sicheren Wohnung – und das auf Dauer. Deshalb ist das Handeln der Genossenschaft auf langfristigen Erfolg und nicht auf kurzfristige Gewinne ausgerichtet.

Den Mitgliedern der Wohnungsbaugenossenschaft gehören ihr Unternehmen und dessen Wohnungsbestände gemeinschaftlich. Mit dem Beitritt zur Genossenschaft und der Zeichnung von Anteilen erhalten sie einen Versorgungsanspruch mit Wohnraum. Die Wohnung gehört ihnen jedoch nicht, sie erhalten ein Dauernutzungsrecht, das einem Mietverhältnis entspricht.» (Wikipedia)

fb



WGW Sommerfest 2013 (Foto Käthi Furrer)

Wohnungsbau - ein Kernthema der Sozialdemokratie

«Die Häuser sind bewohnt vom Keller bis hart unter Dach, schmutzig von außen und innen, und sehen aus, daß kein Mensch drin wohnen möchte. Das ist aber noch alles nichts gegen die Wohnungen in den engen Höfen und Gäßchen zwischen den Straßen, in die man durch bedeckte Gänge zwischen den Häusern hineingeht und in denen der Schmutz und die Baufälligkeit alle Vorstellung übertrifft - fast keine ganze Fensterscheibe ist zu sehen, die Mauern bröcklig, die Türpfosten und Fensterrahmen zerbrochen und lose, die Türen von alten Brettern zusammengenagelt oder gar nicht vorhanden – hier in diesem Diebsviertel sogar sind keine Türen nötig, weil nichts zu stehlen ist. Haufen von Schmutz und Asche liegen überall umher, und die vor die Tür geschütteten schmutzigen Flüssigkeiten sammeln sich in stinkenden Pfützen.»

So schildert 1845 Friedrich Engels in seinem sozialkritischen Werk «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» die Wohnsituation der untersten Schichten des Proletariats. Beim Lesen seiner schockierenden Ausführungen wundert man sich nicht, warum Wohnen von Anfang an zu den Kernthemen der internationalen Arbeiter:innenbewegung gehört und Wohnbaugenossenschaften zu einem festen Bestandteil der linken Politik wurden.

Vorläufer des genossenschaftlichen Wohnens war beispielsweise der Utopist Charles Fourier (1772-1836), nach dessen Vorstellungen sogenannte Phalanstères-Siedlungen vor allem in Frankreich entstanden.

Ein Vorbild für viele sozialreformerische Bewegungen



stellte auch die mustergültige Textilfabrik und Siedlung New Lanark dar, die der frühsozialistische Unternehmer Robert Owen (1771-1858) in Schottland errichten liess.

In der Schweiz waren es vor allem die Eisenbahner, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts im Umkreis der Bahnhöfe, Werkstätten und Depots genossenschaftliche Siedlungen errichteten. Typisches Beispiel ist die Eisenbaugenossenschaft Erstfeld, die um 1907 gegründet wurde und heute noch aktiv ist.

Einen grossen Schub erhielt der genossenschaftliche Wohnungsbau in den 20er- und 30er-Jahren, als sozialdemokratische Regierungen in Deutschland und Österreich an der Macht waren und auch in der Schweiz in einigen Städten eine rote Mehrheit herrschte. In Berlin finden sich noch heute mehrere Beispiele fortschrittlicher Siedlungen aus dieser Zeit, die nun zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören. Natürlich muss auch der berühmte Karl-Marx-Hof in Wien erwähnt werden, wo sich 1934 der letzte bewaffnete Widerstand gegen die austrofaschistische Dollfuß-Diktatur verschanzte.



Aber auch in Zürich gehören grosse genossenschaftliche Siedlungen aus jener Zeit bis heute zum Erscheinungsbild der Stadt. Im Wahlplakat der SP Zürich von 1933 steht der damalige sozialdemokratische Stapi Emil Klöti sozusagen auf den Errungenschaften der damaligen SP-Politik – als Basis finden wir ganz unten «Gesunde Wohnungen».

In letzter Zeit verschärfen sich die Wohnprobleme vor allem in den Städten wieder. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zuwanderung, grösserer Raumbedarf, mehr Single- und Zweipersonenhaushalte, neue Attraktivität des Stadtwohnens und darum nicht zuletzt die Spekulation mit Boden und Wohnbauten. Genossenschaftliches Wohnen ist deshalb wieder vermehrt gefragt. Die SP setzt sich jetzt und auch in Zukunft «vehement für eine sozial gerechte Wohnpolitik ein» (

Aus der Resolution der SP Schweiz «Sozial gerechte Wohnpolitik» verabschiedet am Parteitag am 26. August 2023 in Biel

«Zentrales Instrument gegen überhöhte Mietpreise ist der gemeinnützige Wohnungsbau. Gemeinnützige Wohnbauträger halten sich an das gesetzliche Gebot der Kostenmiete und der Renditefreiheit. Darum sind Wohnungen gemeinnütziger Träger (Genossenschaften, Stiftungen usw.) auf Dauer und im Durchschnitt um einen Viertel billiger als kommerzielle, renditeorientierte Wohnungen. Die SP setzt sich für die Förderung von mehr gemeinnützigem Wohnbau durch Wohnbaugenossenschaften und weitere Träger ein. Dazu braucht es die entsprechenden Rahmenbedingungen. Boden im Besitz von Bund, Kantonen und Gemeinden soll ausschliesslich im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben werden. Zudem müssen Gemeinden wieder Boden und Liegenschaften zukaufen. Es braucht deshalb ein Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand. Zurzeit stagniert der Anteil gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtbestand bei knapp 4 Prozent, obwohl die Verfassung deren Förderung vorschreibt. Zusammenfassend lässt sich Folgendes sagen: Die SP setzt sich vehement für eine sozial gerechte Wohnpolitik ein. Sie kämpft gegen Vorstösse im Parlament, die die Rechte der Mieter:innen einschränken sollen. Stattdessen fordert die SP eine aktive Bodenpolitik auf allen Staatsebenen. Ergänzend fordert die SP ein stark ausgebautes Mietrecht mit wirksamen Kontrollen, um Mieter:innen vor ungerechtfertigten Kündigungen zu schützen. Dadurch wird die Kaufkraft gestärkt, der Sozialstaat wird entlastet.»

Legende Plakate

Seite 4	SP Schweiz, 1980er Jahre
Seite 7	SGB, Carl Scherrer, 1920
Seite 8.	SP Kanton Zürich, François Tapernoux, 1986
Seite 10.	Komitee, Celestino Piatti, 1970
Seite 12.	SP Kanton Zürich zur Kantonalen Volksinitiative vom 22.09.2013
Seite 14.	SP Schweiz, François Tapernoux, 1946
Seite 17.	SP Schweiz, Alois Carigiet, 1935
Seite 18.	SP Schweiz, 1963
Seite 19.	SP Stadt Zürich, Abstimmung 2010,
Seite 20	« Der neue Postillion » Nr.9, 1. Mai 1907 (Archiv Stefan Keller)
Seite 26	SP Zürich, Grafik von Alois Carigiet, 1933
Seite 28	SP Zürich, 1937

Impressum

Auszüge aus den Radiis Nr. 147/2022 bis Nr. 155/2024
Konzept & Redaktion: Fabrizio Boeniger (fb)
Texte zur sozialdemokratischen Tradition: Fabrizio Boeniger
Gestaltung und Satz: Arnold Kohler
Druck: Witzig Druck